

„Die Situation ist nicht hinnehmbar“¹

Der Fiskalpakt ist beschlossen. Eine wochenlange Diskussion über die Auswirkungen dieses völkerrechtlichen Vertrags auf die Kassenlage der EU-Staaten und die wirtschaftlichen Perspektiven Europas hat zu einem erwartbaren Ergebnis geführt. Als am 2. März dieses Jahres die Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik den Fiskalpakt unterzeichneten, war klar, dass die österreichische Bundesregierung davon ausgeht, dieser Staatsvertrag erhalte seinen Segen auch im österreichischen Parlament².

Im SPÖ-Klub und im Bundesparteivorstand der SPÖ wurde mehrmals über den Fiskalpakt gesprochen. Begründungen, Bedenken, Warnungen, Fragen nach der Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit und die Analysen von namhaften Ökonominnen wurden ins Treffen geführt. Am Ende jeder Diskussion zum Fiskalpakt stand die gleichbleibende Botschaft: eine Ablehnung ist keine Option, sie ist nachgerade denkunmöglich, weil nur so das Vertrauen der Finanzmärkte wieder hergestellt und damit der gefährlich rasche Zinsanstieg auf Staatsanleihen gestoppt werden könne.

Ich betone das an dieser Stelle deswegen, weil innerhalb der Sozialdemokratie die Tradition formuliert wird, am Ende einer langen, intensiven, kontroversen Diskussion stehe ein für alle gemeinsam vertretbarer Beschluss, der dann auch gemeinsam nach außen getragen werde. Genau diese Diskursfähigkeit nach innen und Geschlossenheit nach außen mache die Stärke unserer Bewegung aus.

Auf den Diskurs zum Fiskalpakt trifft diese Vorgehensweise nicht zu. Mit dem Gipfelbeschluss im März war die Diskussion in den Parteigremien schon beendet, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Letztlich lief es darauf hinaus, dass der Parteivorsitzende und Bundeskanzler zugestimmt hatte und jeder gegenläufige Beschluss ihn desavouieren würde.

Alle EU-Beschlussvorlagen der letzten Jahre (neben dem Fiskalpakt der 'Six Pack' und der 'Two Pack') zielen im wesentlichen auf Defizitbegrenzungs- und Kürzungsmechanismen für öffentliche Haushalte ab. Mit der Zustimmung und Absegnung dieser Maßnahmen durch die SPÖ³ vollzieht die Partei eine Kehrtwende auf einem zentralen wirtschaftspolitischen Gebiet. Die Geschwindigkeit, mit der diese Neuausrichtung auf Austerität fast widerstandslos in den Parteigremien hingenommen wird, ist für mich erstaunlich.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung in demokratisch gewählten Gremien und Parlamenten, die unter dem Damoklesschwert von Sachzwang und Zeitdruck "der Märkte" geführt wird, erscheint mir grundsätzlich problematisch, da dem "Vertrauen" einzelner Interessengruppen, die hinter diesen Märkten stehen, dadurch tendenziell mehr Bedeutung beigemessen wird als dem Vertrauen der Menschen, die diese Gremien zur Wahrung ihrer Interessen und der der gesamten Gesellschaft gewählt haben. Versteht

¹ Paul Krugman in: Wir sparen uns zu Tode. Verfügbar unter:

<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/juni/wir-sparen-uns-zu-tode>. [Datum des Zugriffs: 11.07.12].

² Ich finde es erstaunlich, dass Regierungs- und Staatschefs bei EU-Gipfeln mit ihrer Unterschrift Beschlüsse, die eine Verfassungsmehrheit ihrer Parlamente benötigen, im Voraus zusichern, obwohl sie oft keine eigene Verfassungsmehrheit im jeweiligen nationalen Parlament hinter sich haben.

³ Die S&D-Fraktion hat Teile der Richtlinien zur Economic Governance im Europäischen Parlament im September 2011 abgelehnt.

man es als Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den Märkten Rahmenbedingungen zu setzen, hinterlässt Politik, die sich von den "Märkten" zur Eile getrieben sieht und dies auch als Entschuldigung für hastige Entscheidungen anführt, den Eindruck, nicht mehr ‚Herr der Lage‘ zu sein und sich von den "Märkten" vereinnahmen zu lassen. In dieser Situation kommt Analysen, eine ganz besondere Bedeutung zu, die den Fiskalpakt als 'falsche Therapie zur falschen Diagnose' einstufen. Sie eröffnen einen ganz anderen Blick auf die Lage und erweitern den Handlungsspielraum.

Die Ursache der Eurokrise ist – anders als unter Ignorieren der empirischen Fakten meist behauptet wird – nicht der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte, sondern die immer größeren Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Eurozone: Der Norden, ganz besonders Deutschland, baut Exportschüsse auf, die sich in den Defiziten der südlichen Länder widerspiegeln. Die seit Beginn der Finanzkrise symptomatisch auseinanderlaufenden Zinssätze vertiefen die Probleme der Handelsungleichgewichte nur, indem sie die Staatshaushalte extrem belasten und private Investitionen in den Defizitländern erschweren. Hintergrund der Handelsungleichgewichte ist ein Auseinanderlaufen der Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Länder zwischen 1999 und 2009, das bisher nur ansatzweise korrigiert worden ist. Ihren Ursprung hat diese Entwicklung auf der einen Seite in der ‚Lohnzurückhaltung‘ und Durchlöcherung der einheitlichen Tarifregeln in Deutschland genommen, die den Gewerkschaften durch den Druck der Agenda 2010 (Stichwort Hartz IV) abgepresst werden konnten. In Südeuropa auf der anderen Seite unterschätzte man jahrelang die Bedeutung gesamtwirtschaftlicher Lohnstückkosten für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in einer Währungsunion und ließ die Löhne zu stark steigen.⁴

Wenn ein Land dauerhaft niedrigere Preise hat, indem es mit seiner Lohnstückkostenentwicklung erheblich unter der gemeinsam vereinbarten Inflationsrate von 2% liegt, gewinnt es ständig auf Kosten seiner Währungspartner Marktanteile. Und wie bei dem Hase-und-Igel-Märchen haben jene Länder, die sich an die Inflationszielrate halten oder darüber liegen, immer weniger Chancen, ihre Exportdefizite auszugleichen, Marktanteile zurückzugewinnen und Auslandsschulden zu verringern: Der billigere Anbieter ist immer schon da und schnappt die Kunden weg. In der Summe über die Jahre seit 1999 hinweg liegt Deutschland stärker unter der akkordierten Inflationsrate von 2% als der Süden Europas darüber. Deutschland hat damit wesentlich zur Eurokrise beigetragen hat – und zwar mehr als die Länder, die jetzt als ‚reformunwillig‘ verurteilt und zu drakonischen Sparprogrammen verpflichtet werden. Für das Funktionieren einer Währungsunion, in der nicht mehr gegeneinander abgewertet werden kann, ist aber die permanente Einhaltung der vereinbarten Inflationsrate und zwar nicht nur im Länderdurchschnitt, sondern in jedem einzelnen Land zentral. Wird dieser Grundsatz dauerhaft missachtet, muss es zum Crash kommen.

Insgesamt liegt der Gründungsfehler der Europäischen Währungsunion darin, dass das Defizit der öffentlichen Haushalte und ihr Schuldenstand zum Dreh- und Angelpunkt der Funktionstüchtigkeit der Währungsunion erklärt wurden – ganz im Sinne des staats-skeptischen und marktgläubigen Dogmas neoliberaler Wirtschaftspolitik. Den viel wesentlicheren Entwicklungen der Leistungsbilanzungleichgewichte wurde keine Aufmerksamkeit gewidmet, weil sie mit der Lohnpolitik zusammenhängen. Diese möchten neoliberale Wirtschaftspolitiker lieber den Märkten überlassen, da sie sich vom Druck auf die Löhne bei hoher Arbeitslosigkeit eine Lösung des Beschäftigungsproblems erhoffen.

⁴ Vgl. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker, Falsche Diagnose, falsche Therapie – wie die Politik in der Eurokrise dank falscher Theorie versagt, in: WISO 2/12, Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW, Linz 2012.

Dass sie mit dieser Hoffnung vollkommen falsch liegen, dafür liefert der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei stagnierenden und sogar fallenden Reallöhnen in den Industrieländern seit der Finanzkrise den besten Beweis. Das zentrale Versäumnis des Maastrichtvertrags, jedes einzelne Mitgliedsland der EWU auf die Einhaltung der 2%-Zielinflationsrate zu verpflichten, wird bis heute kaum thematisiert. Stattdessen diente die Marktgläubigkeit des Neoliberalismus als Nährboden für die Deregulierung der Finanzmärkte⁵, ohne die es niemals zur Finanzkrise 2008 gekommen wäre.

Zwei Kernprojekte neoliberaler Politik bringen Europa in höchste Bedrängnis: Die nach wie vor praktisch ungebändigten Finanzmärkte und der Lohndumping-Wettbewerb. Und wer ist nach Ansicht der Neoliberalen Schuld an der Krise? Der Staat. Der Staat, der 2009 und 2010 mit Einlagensicherungen einen Bankenrun und mit Konjunkturpaketen und Deficit-Spending Massenarbeitslosigkeit verhindert hat, wird nun zum Schuldigen erklärt. Anders lässt sich jedenfalls die Antwort namens Fiskalpakt nicht deuten. Der Staat ist Schuld, weil er Schulden gemacht hat, und muss nun mit Schuldenbremsen und Strafzahlungen diszipliniert werden. Die Fiskalregeln sehen vor, dass alle Staaten gleichzeitig sparen und Defizite abbauen – und zwar genau zum falschen Zeitpunkt, nämlich im Abschwung. Das entbehrt jeder Logik und verschärft die Krise. Aber es ist eine erstaunliche Leistung der Uminterpretation zur Verteidigung eines Dogmas des ökonomischen Mainstreams.

Die bisher verordneten Ausgabenkürzungen in den Krisenländern sind von ansteigender (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Massenstreiks, Gefährdung/Zusammenbruch sozialer Sicherungssysteme, Anstieg von Selbstmorden und Lohn- und Rentenkürzungen begleitet. Der Fiskalpakt heißt: ‚more of the same‘ in Südeuropa mit folgender Abwärtsspirale im Nordeuropa dank Handelsverflechtung. Der im Juni beschlossene Wachstumspakt der EU ist im Verhältnis zu den bereits vorgenommenen und den noch geplanten Sparvolumina viel zu gering, um die Folgen der Kürzungsprogramme auch nur ansatzweise auszugleichen, und er löst nicht die Ungleichgewichte der Handelsbilanzen. Das alles ist nicht nur sozial unzumutbar, sondern es ist auch wirtschaftlich unvernünftig.

Wahrscheinlich ist folgendes Szenario: Die Handlungsspielräume des Staates werden so eingeschränkt, dass Konjunkturpakete - so wirksam sie auch waren - zukünftig, wenn überhaupt, dann viel zu spät geschnürt werden können. Weil mit dem Fiskalpakt wesentliche und sensible budgetpolitische Entscheidungen von Parlamenten weg und hin zu bestellten Entscheidungsträgern der Europäischen Kommission übertragen werden, bleiben die sozialen Folgen dieser Fiskalregelungen ausgeblendet. Und die gewählten VertreterInnen können daran nichts mehr ändern, weil ein vorher festgelegter, automatischer Korrekturmechanismus⁶ die Haushaltspolitik auf Austeritätspolitik mit Ewigkeitscharakter (© Angela Merkel) einengt.

Die Zweifel an dieser prozyklischen Krisenpolitik für Europa nehmen in dem Ausmaß zu, wie Gipfeltreffen für Gipfeltreffen ein Durchbruch und/oder das Ende der Krise in Aussicht gestellt wird. Nach wenigen Tagen der Euphorie in Medien und an den Kapitalmärkten tritt Ernüchterung ein und der Anstieg der Zinssätze kehrt zurück. Das gefährdet die Glaubwürdigkeit der Gipfelbeschlüsse. Vermutlich wurde auch deswegen in Deutschland

⁵ Aufhebung des Glass-Steagall-Acts 1999 unter Bill Clinton und entsprechende Nachahmung in Deutschland, siehe <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3692>. Dort z.B. "Die Bundesregierung hat es Kreditinstituten erleichtert, Kreditforderungen zu verbriefen: Es wurden Verbriefungszweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbriefen, gewerbesteuerrechtlich hinsichtlich der Behandlung von Dauerschulden den Banken gleichgestellt."

⁶ Mehr zur Entdemokratisierung durch den Fiskalpakt kann man nachlesen in der Analyse von Lukas Oberndorfer, AK Wien: "[Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung](#)"

und Österreich auf's Tempo gedrückt: War zuerst noch der Herbst vorgesehen oder zumindest möglich, wurde hierzulande innerhalb weniger Tage der Zeitplan für den Beschluss des Fiskalpakts auf vor dem Sommer umgestellt.⁷

Diese Eile bekommt deswegen Brisanz, weil ein Kurswechsel in Richtung vernünftige und sozial sinnvollere Krisenpolitik immer drängender, aber gleichzeitig schwieriger wird. Das Einigungsprojekt Europa hat Risse bekommen. Wenn wir die Spaltung verhindern und für eine Vertiefung der Union eine Mehrheit in der Bevölkerung erreichen wollen, muss die destruktive Wirtschaftspolitik beendet werden. Die Alternativen liegen auf dem Tisch. Wir müssen klarmachen: Unser Wohlfahrtsstaat ist finanzierbar, unregulierte Finanzmärkte und wachsende soziale Ungleichheit sind es nicht.

Ich hänge der Überzeugung an, dass eine Krisenpolitik durchsetzbar ist und zu weniger Verwerfungen führt, die auf ein Ende der desaströsen Sparpolitik, auf koordinierte Lohnsteigerungen und Hebung der Binnennachfrage, Schließung aller Finanzmarktcasinos, d.h. vor allem auf Verbot von gefährlichem Derivatehandel und auf Kontrolle des Rohstoffhandels, setzt. Auch wenn aktuell keine Mehrheit für eine tatsächliche Lösung der Krise besteht, das Werben für diesen ‚new deal‘ ist die zentrale und lohnende Herausforderung für die SPÖ. Und warum sollte eine solidarische, aber vor allem auch wirtschaftlich vernünftige Politik, von der die ‚Vielen‘⁸ profitieren und die Krise wirksam zurückgedrängt wird, auf Dauer keine Unterstützung bekommen?

Eine sozialdemokratische Bewegung, die trotz aller Widerstände ihr Handeln an den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausrichtet, kann Bündnisse schmieden und überzeugend für Unterstützung werben. Das wäre der Gegenentwurf zu ‚Alternativlosigkeit‘ und ‚Sich-der-Macht-neoliberaler-Politik-beugen‘. Letzteres führt definitiv in eine wirtschaftliche Abwärtspirale, deren Ende nicht absehbar ist und mit der die Sozialdemokratie von den Wählerinnen und Wählern in Verbindung gebracht wird, wenn wir nicht für einen Kurswechsel eintreten. Die Spaltung Europas und politische Verwerfungen mit hohen sozialen Kosten, an der die Demokratie Schaden nimmt, könnten die Folge sein.

Diese Situation ist für mich nicht hinnehmbar. Das waren und sind meine Erwägungen und darum habe ich gegen den Fiskalpakt gestimmt.

Sonja Ablinger
Abgeordnete zum Nationalrat
SPÖ-Kultursprecherin

⁷ Möglicherweise liegt eine der Ursache darin, dass bei negativen Konjunkturaussichten und Wachstumsrückgängen die Zeit gegen den Fiskalpakt spielt und mit kritischeren Wirtschaftsdaten die ‚Leidenschaft‘ für die Beschlussfassung in den Parlamenten abnimmt.

⁸ Ein junger Wissenschaftler hat mir eine Anregung gegeben, in dem er seine Eltern zitierte, die auf die Sozialdemokratie deswegen setzten, weil sie darauf vertrauen konnten, dass die SPÖ im Wesentlichen die ‚Interessen der Vielen‘ vertritt.